

IWH-Pressemitteilung 13/2014

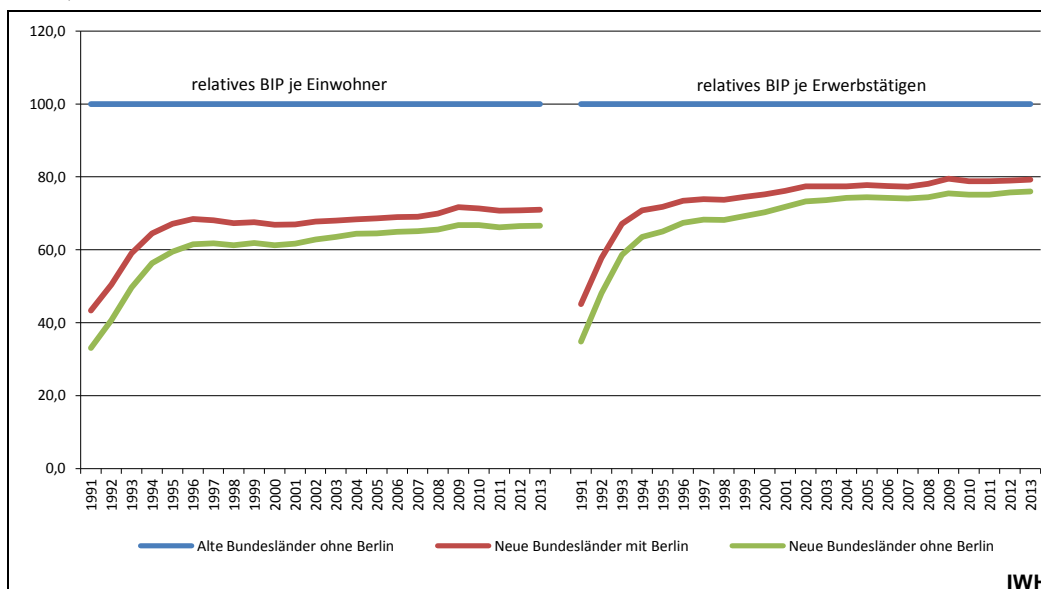
Halle (Saale), den 15. April 2014

Einkommen und Produktivität: Ostdeutschland holt kaum noch auf – größere regionale Unterschiede im Westen

Abbildung:

Relatives^a Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen

- in %, Alte Bundesländer ohne Berlin = 100% -



^a Das relative BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen wird berechnet, indem der jeweilige ostdeutsche Wert ins Verhältnis zum westdeutschen (ohne Berlin) gesetzt wird.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013. Reihe 1, Band 1, Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Erscheinungsfolge: jährlich, erschienen im März 2014, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013/Februar 2014, in: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/R1B1.zip, Zugriff am 01.04.2014; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Befunde zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner und zur Produktivität Ostdeutschlands sind fast ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer ambivalent: Verglichen mit der Ausgangssituation konnte die Ost-West-Lücke deutlich verringert werden. Lag das BIP je Einwohner 1991 in Ostdeutschland (ohne Berlin) erst bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus, sind im Jahr 2013 zwei Drittel erreicht. Bei der Produktivität startete Ostdeutschland (ohne Berlin) mit 35% und weist im Jahr 2013 immerhin 76% des westdeutschen Niveaus auf. Unter Einbeziehung Berlins liegen die Werte im Jahr 2013 noch etwas höher: bei 71% bzw. 79%. Allerdings hat sich zwischen 2008 und 2013 nur noch ein sehr geringer Fortschritt vollzogen. Das relative BIP je Einwohner verbesserte sich in Ostdeutschland (ohne Berlin) im genannten Zeitraum um 1,1 Prozentpunkte, bei der Produktivität um 1,6 Prozentpunkte. Die Unterschiede zwischen den ostdeutschen Flächenländern sind übrigens relativ gering: So weist beim BIP je Einwohner das Land Mecklenburg-Vorpommern

Sperrfrist:

15. April 2014,
11:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Gerhard Heimpold
Telefon:
+49 345 7753 753
E-Mail:
ghp@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
(**BMWi**),
Bundesministerium des
Innern (**BMI**),
Bundesministerium der
Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für
Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung (**BMVBS**),
Bundeskanzleramt,
Wirtschaftsministerien der
Neuen Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:
Ostdeutschland,
Westdeutschland,
Einkommen, Produktivität,
räumliche Disparitäten

Aktueller Bezug:

Lage und Entwicklung
Ostdeutschlands,
Aufholprozess

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

mit 22,8 Tausend Euro den geringsten und Sachsen mit 24,2 Tausend Euro den höchsten Wert auf. In Westdeutschland fallen die Unterschiede zwischen den Flächenländern deutlich größer aus. Das geringste BIP je Einwohner weist mit 27,7 Tausend Euro das im Norden gelegene Schleswig-Holstein auf, die höchsten Werte die in der Mitte beziehungsweise im Süden gelegenen Länder Hessen und Bayern (38,5 Tausend Euro beziehungsweise 38,4 Tausend Euro). Bei der Produktivität zeigt sich ebenfalls eine geringere Spannweite in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. Anders als im Westen ist aber kein deutliches Süd-Nord-Gefälle sichtbar, denn vorn liegen bei der Produktivität die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Generell scheinen nicht die Himmelsrichtungen, sondern eher die Wirtschaftsstrukturen ökonomische Entwicklungsunterschiede erklären zu können.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Dr. Gerhard Heimpold

Tel.: +49 345 7753 753, E-Mail: Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.